

„Viel Vertrauen geht verloren“

Die Corona-Krise und die Folgen: Wie Stefan Seidendorf vom Deutsch-Französischen Institut erklärt, zeigen sich nun große Probleme bei der grenzüberschreitenden Kooperation am Oberrhein.

VON REINHARD RECK

Die Menschen in Frankreich und Deutschland reagieren zwar etwa ähnlich auf die Corona-Krise. Gleichwohl, gibt es im deutschen Nachbarland, das weitgehend zentralistisch organisiert ist, bei der Durchsetzung des Ausgangsbeschränkungen starke Unterschiede zur Bundesrepublik, meint Stefan Seidendorf, stellvertretender Direktor des in Ludwigsburg ansässigen Deutsch-Französischen Instituts.

■ **Herr Seidendorf, Sie arbeiten in Deutschland, wohnen aber privat in Straßburg. Reagieren Deutsche und Franzosen in gleicher Weise auf die Corona-Krise?**

Nach meiner Beobachtung sind die Reaktionen sehr ähnlich, letztlich wohl menschlich: Nachdem man zunächst dachte, alles würde nicht so schlimm kommen, bestimmten bald Unsicherheit und Angst das Verhalten. Es kam vereinzelt auch zu Hamsterkäufen, mittlerweile haben sich die meisten Menschen aber irgendwie auf die Ausgangsperre eingestellt. Das Ausgehverbot wird einigermaßen respektiert, die Innenstadt von Straßburg habe ich noch nie so ruhig und gespenstisch still erlebt.

„Viele Französischen und Franzosen verlieren die Geduld mit ihrer Regierung.“

■ **Normale persönliche Freiheiten, vielleicht auch demokratische Rechte werden im Zuge des Kampfes gegen Corona teilweise außer Kraft gesetzt. Ist das in Frankreich leichter, weil es ein zentralistischer Staat ist, bei dem der Staatspräsident stark im Fokus steht?**

Ja, natürlich, der Staatspräsident hat hier schon in normalen Zeiten mehr Macht und Möglichkeiten als die Bundeskanzlerin. Der per Gesetz beschlossene „Gesundheitsnotstand“ schreibt die Durchgriffsrechte in der Krise fest. Gleichzeitig hat das Parlament sich aber auf einen Notfallmodus eingelassen und tagt in stark reduzierter Zusammensetzung weiterhin. Die Regierung setzt vor allem auf den Einsatz der Armee im Inneren, die etwa ein Feldlazarett in Mulhouse betreibt. Die Armee



Stefan Seidendorf.

Foto: Archiv

war auch im Einsatz, um Patienten aus dem Elsass in andere Gegenden Frankreichs zu verlegen, zum Teil mit Hubschraubern.

■ **Allerdings ist ja auch die Erwartungshaltung der Bevölkerung in Frankreich an den Staat und seine obersten Repräsentanten sehr hoch.**

Das ist richtig. Nachdem Präsident Emmanuel Macron zunächst die Rolle als oberster Krisenmanager angenommen und ausgefüllt hatte, wird ihm und Premierminister Édouard Philippe genau das jetzt gerade zum Verhängnis. Angesichts der hohen Opferzahlen und des offensichtlich unterfinanzierten öffentlichen Gesundheitssektors, angesichts der Knappheit an Schutzmasken, Desinfektionsgels oder wichtiger Arzneimittel für die Intensivmedizin, verlieren viele Französischen und Franzosen die Geduld mit ihrer Regierung. Das wies so schon ausgeprägte Misstrauen gegen „die da oben“ verstärkt sich und der „Krisenbonus“ ist für die Regierung schon wieder dahin.

■ **Gerade im Grenzgebiet Straßburg/Ortenau sorgen die wieder abgeschotteten Grenzen für Aufsehen. Können die vielen Ansätze bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die hier am Oberrhein in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut worden sind, dadurch zerstört werden?**

Ja, viele Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wurden durch die Entwicklung doch sehr überrascht. Die Kooperationsstrukturen im Grenzgebiet verfolgen ja keinen Selbstzweck und sollen auch keine Schönwetter-

einrichtung sein. Sie wurden entwickelt, um auf konkrete Lebenssituationen zu reagieren und Schwierigkeiten, die sich für die Bürger aus der Grenzlage ergeben, abzubauen. Das Ergebnis ist eine Realität, in der Menschen beiderseits der Grenze leben und arbeiten, einkaufen, zum Arzt und in die Schule gehen usw. Da ist es schon erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit und Härte die Bundesregierung reagiert hat. Indem man den Grenzübertritt erschwert bzw. verhindert, erschwert man ja sehr konkret das Leben der Bürgerinnen und Bürger, doch darum kümmert man sich in den Innenministerien im Moment offensichtlich weniger.

■ **Was für konkrete Folgen kann das haben?**

Wenn Deutschland von heute auf morgen, ohne Absprache oder Koordination, die Grenze abschottet (die Präfektin in Straßburg wurde von ihren eigenen Polizeibeamten darüber informiert, nicht von den deutschen Stellen), bedeutet das beispielsweise, dass die in Deutschland lebende Lehrerin nicht mehr zum Unterricht in ihre deutsch-französische Klasse in Straßburg kann, oder dass der im Elsass lebende Arzt nicht mehr zu seinen Patienten in die deutsche Klinik kann, in der er arbeitet. Auch wenn mittlerweile viele Ausnahmeregelungen gelten, offenbart sich in den Augen vieler Bürger hier doch, was sie schon lange vermutet hatten: Viele grenzüberschreitende Einrichtungen verfügen nur über sehr eingeschränkte Möglichkeiten, und es zeigt sich ein Stück weit auch ihre Wirkungslosigkeit im Angesicht der Krise. Hier geht also gerade viel Vertrauen verloren, und es wird schwierig werden, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen.

■ **Die Corona-Krise kann Ängste und Komplexe auslösen. Werden auf deutscher und französischer Seite Vorurteile gegen das jeweilige Nachbarland gestärkt?**

Klar, in einer solchen Situation wird man, ob man will oder nicht, auch wieder zum „Botschafter“ des eigenen Landes. Viele Freunde und Nachbarn berichten ihre jeweiligen Anekdoten oder Erlebnisse, und häufig machen die deutschen Behörden und allgemein die grenzüberschreitende Politik dabei keine gute Figur. Und

es gibt auch Erfahrungen, wo die Krise und die offensichtlichen Schwierigkeiten von Politik und Verwaltung, damit organisiert und koordiniert umzugehen, zu feindseligen Haltungen geführt hat, etwa gegenüber den französischen Verkäuferinnen, die im deutschen Supermarkt arbeiten und im „Krisengebiet Elsass“ wohnen.

■ **Wie schätzen Sie überhaupt das Verhältnis auch auf politischer Ebene zwischen Deutschland und Frankreich in der Corona-Krise ein? Der Streit um die „Corona-Bonds“ zeigt ja, dass es durchaus Gegensätze gibt.**

Insbesondere die deutsche Politik hat Zeit gebraucht, um neben der nationalen Reaktion auch eine deutsch-französische Antwort auf die Krise zu geben. Die Patiententransporte von Frankreich nach Deutschland wurden dann sehr dankbar, fast überschwänglich zur Kenntnis genommen und haben auch eine echte Erleichterung gebracht. Aber man hätte sich natürlich gewünscht, dass die seit Jahren mühsam entwickelten Strukturen zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitswesen bereits im Vorfeld greifen und sich dem Umgang mit einer Pandemie gewachsen zeigen.

Deutschland sollte darauf hinwirken, dass man in der EU akzeptable und tragfähige Kompromisse findet.

■ **Ist es möglich, zur Bewältigung der Krise eine gemeinsame europäische Antwort zu finden?**

In Frankreich hat man sehr genau beobachtet, dass die Bundeskanzlerin in ihrer Ansprache an die Nation kein einziges Mal das Wort Europa verwendet hat. In unserem eigenen Interesse, als das Land, das am meisten von der EU profitiert hat, sollte Deutschland nun jedoch schnell darauf hinwirken, dass die Partner zu akzeptablen und tragfähigen Kompromissen finden, die den Herausforderungen, die sich aus der Krise ergeben, auch gewachsen sind. In Frankreich ist man nach wie vor davon überzeugt, dass der deutsch-französischen Zusammenarbeit bei dieser schwierigen europäischen Kompromissuche eine besondere Rolle zukommt.